



# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Botenlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Bestellschein vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf. Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4568. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4568

**Inseratenpreise:** Die 7 gelbte Kolonelspalt oder deren Raum 1.90 Mk. bei Vorauszahlung 2.30 Mk. Familiennachrichten, die 7 gelbte Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelspalt 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

### Die Forderungen der Eisenbahner.

Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die vier großen Eisenbahner-Verbände der Beamten und Arbeiter, die das gesamte Reichseisenbahnerpersonal reiflos umfassen, haben nach vorausgegangen Verhandlungen der Reichsregierung, dem Reichstag, dem Reichsfinanz- und Reichsverkehrs-Ministerium folgende Forderungen übermitteln:

Die unterzeichneten Organisationsstellen zur Behebung der Notlage des Eisenbahnerpersonals folgende Forderungen:

1. Die Teuerungszuschläge für die Eisenbahner in Anlage A des Reichslohntarif-Vertrages vom 5. August 1920 sind entsprechend der am 19. November 1920 überreichten Forderung gleichmäßig um 1 Mk. pro Stunde zu erhöhen.
  2. Für die Beamten ist eine Erhöhung der Teuerungszuschläge in folgender Weise durchzuführen:  
In Besoldungsgruppen I und II auf 80 Prozent, III auf 85 Prozent, IV auf 80 Prozent, V und VI auf 75 Prozent, VII und VIII auf 70 Prozent, IX, X und XI auf 65 Prozent, XII und XIII auf 60 Prozent.
  3. Für die Diätarier sind die vom Reichsgutachter-Ausschuss vorgeschlagenen Sätze in Anwendung zu bringen.
  4. Das Besoldungsgesetz tritt in allen Teilen, auch hinsichtlich des Besoldungsalters, mit Beschleunigung in Kraft.
  5. Wenn der vom Reichstag in einer Entschließung geforderten Revision des Besoldungsgesetzes ist sofort mit den Spitzenorganisationen in Verhandlungen zu treten.
  6. Die vom Reichstag zur Beamtenbesoldung bereits getroffenen Regelungen werden durch diese Forderungen nicht berührt.
  7. In Erwartung, daß diese Verhandlungen in der nächsten Zeit abgeschlossen werden, wird die Reichsregierung ersucht, den Zeitungsarbeiten, an dem die Verhandlungen beginnen können.
- Deutscher Eisenbahner-Verband.  
Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Arbeiter.  
Allgemeiner Eisenbahner-Verband.

### Kommunisten und Arbeitslose.

Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kommunisten wollen anscheinend unter allen Umständen noch vor dem Weihnachtstisch eine erschöpfte Katastrophe heraufbeschwören. Die Rote Fahne erklärt heute an der Spitze ihres Blattes in Fettdruck, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung unter dem Druck der Arbeitslosen den kommunistischen Dringlichkeitsantrag der sofortigen Hilfe noch vor Weihnachten für die Arbeitslosen verhandelt werden und wird heute dem Publikum vorliegen. Die Rote Fahne schreibt dazu: Die Berliner Bourgeoisie wird noch keineswegs zugrunde gehen, wenn man den Arbeitslosen über die augenblickliche und härteste Not hinweghelft. Aber man muß sie jedenfalls derber anpacken und da sinkt den Mehrheitssozialisten das Herz in die Hosentasche. Die Arbeitslosen müssen also nachhelfen. Sie können den Mehrheitssozialisten ihre Entscheidung zwischen der Schonung der Kassenschränke der Bourgeoisie und der Hilfe für das arbeitlose Proletariat bedeutend erleichtern, wenn sie wieder zeigen, daß sie da sind. Arbeitslose, vor eurem Angesicht soll die Stadtverordnetenversammlung, sollen die Arbeitervertreter sich entscheiden, ob sie euch mit leerer Hand abspießen wollen, ob sie es fertig bringen, euch am Weihnachtstisch und nach Weihnachten hungern und frieren zu lassen wie bisher, ob sie euch von der Schwelgerei weissen wollen, damit Berlin W. ihnen endlich und wohlgequint bleibt.

### Die härteste Blockade über Fiume verhängt.

Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Mailand wird den Berliner Morgenblättern gemeldet: Seit gestern ist über Fiume die strengste Blockade verhängt, nachdem d'Annunzio das Ultimatum des Generals Cavaglia nicht beantwortet hat. Heute werden noch italienische Flieger Aufzüge an die Fiumer Bevölkerung abwerfen, um zum letzten Male den Versuch zu machen, Blutoergüssen zu vermeiden. Es ist aber unwahrscheinlich, daß d'Annunzio sich dieser letzten Mahnung fügen wird. Die italienische Regierung wird wohl tatsächlich gezwungen sein, mit Gewalt die Ordnung wieder herzustellen. Der Berichterstatter der Volkischen Zeitung bemerkt dazu: Wenn man bedenkt, daß d'Annunzio nur 4000 Legionäre zur Verfügung hat, muß man seinen Widerstand als geradezu wahnsinnig bezeichnen.

### Cupen und Malmedy endgültig verloren?

Brüssel, 23. Dezember. Das belgische Ministerium des Aeußeren veröffentlicht eine Note, worin zum Ausdruck kommt, daß die Frage von Cupen und Malmedy nach der Zuweisung dieser beiden Kreise an Belgien als endgültig erledigt betrachtet wird. Die Note macht den Erörterungen zwischen Deutschland und dem Völkerverbund über Cupen und Malmedy definitiv ein Ende.

### Uebersiedelung der Sowjet-Regierung nach Petersburg?

Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Stockholm wird folgende Nachricht eines Stockholmer Blattes über Kiew verbreitet: Die Erregung in Moskau nimmt mit jedem Tage zu und hat ihren Höhepunkt erreicht, nachdem der Beschluß der Sowjetregierung, betreffend die Bewilligung von großen Konzessionen an ausländische Kapitalisten, in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Erregung ist so stark, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen hat, nach Petersburg überzusiedeln. Als Grund dieser Uebersiedelung gibt der Rat an, daß die erregte Stimmung die ruhige Arbeit der Regierung stört. In dem Telegramm heißt es ferner, daß die Volkskommissare sich nicht auf ihre Schußabteilungen verlassen können, weshalb sie noch vor der beschlossenen Uebersiedelung chinesische und lettische Truppen zusammengezogen haben, unter deren Schutz die Uebersiedelung stattfinden wird.

### Ausdehnung der Konzessionen auf kaukasische Petroleumfelder?

London, 22. Dezember. Die Morning Post will von ausländischer Seite erfahren haben, die Delegation Krassins habe mit großen englischen Petroleumfirmen Verhandlungen über die Gewährung von Konzessionen in den Petroleumfeldern von Baku und Grogani angeknüpft. Die in Frage kommenden Petroleumfelder liefern 65 Prozent der gesamten Petroleumerzeugung Russlands.

### Massenhinrichtungen in der Krim.

Kopenhagen, 22. Dezember. Die Berliner Tageblende meldet aus Odessa folgende: Das Revolutionsgericht in Sebastopol gibt in dem offiziellen Organ der Stadt die Namen von 1634 Personen bekannt, die durch Erschießen hingerichtet worden sind. Unter den Hingerichteten waren 278 Bauern. Zwei Tage später veröffentlichte die Zeitung eine neue Liste von 1202 Hingerichteten, darunter 88 Bauern.

### Erste Schwierigkeiten bei den Rigaer Verhandlungen.

Kopenhagen, 22. Dezember. Politiken meldet aus Riga die russisch-polnischen Friedensverhandlungen sind auf erste Schwierigkeiten in der Frage der Verteilung des russischen Goldfonds und der Entschädigung für die seit 1914 in Polen beschlagnahmten Waren und Werte gestoßen. Iswestija schreibt: Polen verlangt 500 Millionen Rubel vom Goldfonds und über eine Milliarde Goldrubel für die requirierten Werte, was unter der jetzigen Verhältnissen für die Sowjetrepublik vollkommen unerfüllbar ist. Die Erfüllung derartiger Forderungen würde der Untergang Sowjetrußlands bedeuten.

### Ein armenisches Ultimatum an Georgien?

London, 22. Dezember. Nach einer Neuter-Meldung hat die armenische Sowjet-Regierung ein Ultimatum an die Regierung von Georgien gerichtet, in dem die Räumung der neutralen Zone zwischen beiden Ländern gefordert werde. Die georgische Regierung hat diese Forderung abgelehnt.

### Verlagung der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 22. Dezember. (L. V.) Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz wurde heute nach gut einstündiger Sitzung auf den 10. Januar vertagt. Die Sitzung war durch einen Bericht von Delacroix über den Stand der bisherigen Arbeiten der Konferenz ausgefüllt, die, wie Delacroix besonders betonte, trotz der kommenden Feiertage auch in der Zwischenzeit durch die mit der Prüfung und der Erörterung der Einzelfragen beauftragten alliierten und deutschen Delegierten kräftig gefördert werden sollen. Es handelt sich dabei insbesondere um eine weitere Erörterung des deutschen Budgets, wobei auch die Frage der Schulden und Steuererlässe vergleichend behandelt werden soll, ferner um Sach- und Geldleistungen, die Weltbevölkerung, den deutschen Schiffsraum, den Artikel 18, die Bekannungsstellen und die Sequestration. Das zweite Mitglied der französischen Delegation Chevalon hat die Prüfung und Erörterung etwaiger weiterer Fragen übernommen. Die Spezialfrage des Clearing wird von dem zweiten englischen Delegierten Sir John Bradbury weiterbehandelt werden. Die Arbeiten der Konferenz werden also unbeschadet der Pause in vollem Gange bleiben. Die deutsche Delegation verläßt Brüssel heute nachmittags.

### Die Konferenz der Ministerpräsidenten.

Paris, 22. Dezember. Die Agence Havas teilt mit, man kündige offiziell an, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten von Frankreich, England und Italien am 28. Dezember beginnen werde. Sie werde jedenfalls in Nizza oder Cannes tagen.

### Zerstörung eines irischen Dorfes.

Nach einer Meldung aus London zerstörten Regierungstruppen das Dorf Ballinacree als Vergeltung für einen Angriff auf eine Polizeistation. Die meisten Einwohner sind geflüchtet.

### Das Moskauer Doppelspiel in Frankreich.

In dem Briefe des italienischen Genossen Serrati an Lenin, den wir in den Nummern 264 und 265 wiedergaben, sagte der Verfasser von der französischen sozialistischen Partei, sie werde „mit den „Wenn“, den „Aber“ und den „Vielleicht“ eines Frossard aus Anstand (convenienza) zur 3. Internationale übergehen“. Das Wort „Anstand“ unserer Uebersetzung trifft hier nicht ganz den Sinn. Wir hätten vielleicht besser das Fremdwort Konvenienz gewählt, worin schärfer zum Ausdruck kommt, daß die Handlung nur aus äußeren Rücksichten ohne drängende innerliche Ueberzeugung vorgenommen wird. In demselben Briefe verweist Serrati auf Mitteilungen einiger französischer Genossen, einflussreicher Mitglieder des Komitees der 3. Internationale, d. h. also der Richtung, die den unbedingten Anschluß an die kommunistische Internationale fordert, die ihm geschrieben haben: „Unsere Fraktion wird auf dem nächsten Kongress die 21 Bedingungen annehmen unter den Verhältnissen, in denen sich unsere Partei befindet. Das Exekutivkomitee von Moskau, welches ausdrückliche Ausnahmen für gewisse Fälle vorgesehen hat, wird verstehen, daß in der Lage, in der wir uns jetzt befinden, ebenso wie Ihr, die sofortige strikte und vollständige Anwendung der 21 Punkte ein Ding der Unmöglichkeit ist.“

Mit diesen Mitteilungen übereinstimmend erklären Frossards, der unter anderem nach der französischen Parteipresse kürzlich gesagt hat: „Dies Bestreben, unsere sozialistische Politik zu verbessern, ist begleitet von einer ständigen Besorgnis: Unter allen aufrichtigen Sozialisten soviel wie möglich an Einheit zu erhalten. Ich meinerseits, der ich jede Reklamationsmaßnahme verwerfe, bin immer noch der Meinung, daß der Beitritt der Partei zur kommunistischen Internationale vor sich gehen muß ohne alle Plakerei gegen die, welche als zukünftige Minderheit sich bereit erklären werde, sich den Richtlinien anzupassen, die der Kongress in voller Souveränität aufgestellt hat. Eine Partei der Aktion wie unsere, kann nicht im Dogma erstarren, noch ihre Kämpfer auf eine mündliche Disziplin verpflichten. Andererseits bestätigt eine fünfjährige Erfahrung, daß Mehrheiten nur vorübergehend sind in einer Partei, die fähig ist, ihre eigenen Kampfmittel den jeweiligen Situationen anzupassen. Im Interesse der Sicherheit aller dürfen daher die Rechte der Minderheit nicht von unserem gemeinsamen Programm verschwinden, noch der Willkür der vorübergehenden Mehrheit überlassen sein. Wir sind bereit, sie genau so zu formulieren, wie den revidierten Statuten unserer Partei anzuschließen, die wegen ihrer Ansichten Repressalien fürchten, die uns — ich darf es sagen — allen gänzlich fern liegen.“

Frossard denkt also an eine Annahme der 21 Bedingungen, die die Kernpunkte dieser Bedingungen wieder aufhebt. Ihr Kernstück ist ja gerade die „mündliche Disziplin“ und die Forderung der Ausschließung aller, die die Bedingungen „grundsätzlich“ ablehnen. Wie Frossard um diese Klippe herumkommen will, ist unklar; er müßte denn Zusicherungen aus Moskau haben, daß das Exekutivkomitee mit dieser Schwächung oder besser schon völligen Umänderung der 21 Bedingungen einverstanden ist. Serrati behauptet dergleichen bekanntlich in seinem Briefe. Er schreibt, daß Sinowjew in Halle mit Renoult Abmachungen in dieser Hinsicht getroffen haben müsse, er schließt das eben aus den Aeußerungen Frossards.

Genosse Longuet hat im Populaire diese Vorbehalte eindringlich unterstrichen. In einem Artikel über den Kongress der Föderation von Nizza zu Grenoble verweist er erneut darauf. Der Kongress nahm zuerst die Resolution des Komitees der 3. Internationale an, die die Annahme der Bedingungen fordert. Das geschah nach einer interessanten Diskussion, in der der Genosse Raffin-Dugans ausdrücklich darauf hinwies, daß diejenigen, die für diese Resolution stimmen, das unter den Vorbehalten tun, die Frossard mehrfach formuliert habe. Er stimme für die Resolution, weil die 3. Internationale von der ganzen reaktionären Welt angegriffen werde. Aber wenn ihn die russischen Revolutionäre gefragt hätten, würde er ihnen geraten haben, nicht den oben sittlichen Aeußerung Frossards über das Recht der Minderheiten, das auch künstlich garantiert werden müsse, und über die Ablehnung von Ausschüssen überein. Indes ist sie in der streng kommunistischen Richtung nicht ohne Widerspruch geblieben. Vier Tage nach dem Kongress der Seine-Föderation haben Genosse Souvarine und das Bulletin Communiste sie entschieden ab-